

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Die Regierung an ihre Sterblichkeit gemahnt

Die Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten am 7. März 2004 sind zu einem Debakel für die Regierung geworden. Bundeskanzler Schüssels ÖVP erlitt eine Niederlage, die die tiefe Enttäuschung der Wählerschaft, die ihm noch bei den Nationalratswahlen einen überraschenden Vertrauensvorschluss gegeben hatte, über seine Politik offenbart.

Der Verlust der Mehrheit

und damit des Landeshauptmanns in Salzburg, das sensationelle Abschneiden der SPÖ mit ihrer Spitzenkandidatin Gabi Burgstaller ist mehr als nur ein regionales Ereignis. Dass die ÖVP dort eine seit 1945 ununterbrochen gehaltene Bastion aufgeben musste, lässt sich – weit über die Selbstaufgabe des amtierenden Landeshauptmanns hinaus – durchaus als klare Abkehr von immer mehr Menschen in diesem Land von einer Politik interpretieren, die das Wort „Reform“ zu einem Schreckgespenst der sozialen Kälte und zugleich einer vom Beschluss verfassungswidriger Gesetze gezeichneten Unfähigkeit gemacht hat. Der frische Wind, den die Salzburger Sozialdemokraten mit ihrer Spitzenkandidatin in die in müdem Konservativismus erstarrten Verhältnisse ihres Bundeslandes brachten, bekam zweifellos noch einen bundespolitischen Schub dadurch, dass



Gabi Burgstallers Stolz: Nach 60 Jahren ein rotes Salzburg!

die den Bürger bedrückenden Maßnahmen dieser Regierung zuletzt in dem Pensionsraub einen neuen Gipfel erreichten.

Aber Kärnten, wird man einwerfen, da ist es nicht gelungen, die Mehrheitsverhältnisse umzudrehen, wie dies in Salzburg so beeindruckend geschehen ist. Doch wäre es völlig falsch, wenn man das Kärntner Ergebnis als Niederlage interpretieren würde. Die SPÖ hat auch in diesem Bundesland mit einer Zunahme von 5 Prozent einen großen Sprung nach vorn gemacht, daraus ist zu schließen, dass eine beträchtliche Zahl früherer FPÖ-Wähler zu ihr zurückgekehrt sind. Dass Jörg

Haider trotz ganz geringen Wachstums seines Wähleranteils der Stärkere blieb, hat er einerseits den Fehlspekulationen der ÖVP zu verdanken, die diese zerrieben, und andererseits der ungenierten Ausnutzung seiner Vorteile als Landeshauptmann, die ihm mit der Geldverteilung an die – durch den Beschluss auch seiner Partei benachteiligten – Pensionisten wieder einmal einen Auftritt als Robin Hood verschaffte.

Der Beschluss der Kärntner Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit Haider ist nicht unumstritten. Freilich würde es von vielen Wählern als Unaufrichtigkeit betrachtet, wenn man

sich nicht an die vor der Wahl gemachte Aussage, dass die stärkste Partei den Landeshauptmann stellen soll, gehalten hätte. Auch sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in einer Zusammenarbeit von Parteien, die das Gros der Wählerschaft vertreten, eine Hoffnung auf Ausgleich im wohlverstandenen Interesse aller. Das sollte aber keineswegs dazu führen, allfällige zukünftige rechtslastige Eskapaden Haider hinzunehmen und die vergangenen zu vergessen. Denn „unbesiegbar“, wie das „profil“ am Tag nach der Wahl am Cover glaubte titeln zu müssen, ist dieser Mann sicherlich nicht. Keinesfalls, so versichert die gesamte SPÖ-Spitze, ist der Vorgang in Kärnten ein Modell für die Bundespolitik.

Die größte Niederlage, die die ÖVP in der Geschichte der Landtagswahlen durch ihr Doppeldebakel erlitten hat, bleibt sicherlich nicht ohne Folgen für Schüssel. Die Siegerpose von 2002 ist nicht mehr haltbar, und die gestärkte Position Haider's straft die Legende vom „Drachentöter“ Lügen. Auf jeden Fall aber haben die beiden Wahlgänge die schwarzblaue Regierung an ihre Sterblichkeit gemahnt. Es zeigt sich, dass immer mehr Menschen in unserem Land sie lieber heute als morgen endlich abgelöst sähen. ■

Manfred Scheuch

Kanzler-Erinnerungen und Bekenntnisse

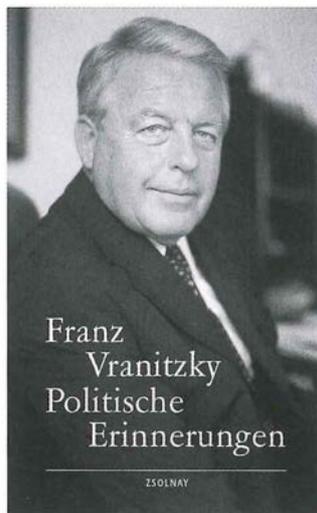
Was wird einmal, in dreißig, vierzig Jahren, in den Geschichtsbüchern – so solche in den Schulen überhaupt noch verwendet werden – über Franz Vranitzky stehen? Sicherlich wird darin vermerkt werden, dass in seiner Regierungszeit – 1986 bis 1997, aber das Merken von Zahlen ist ohnehin längst nicht mehr modern – Österreich Mitglied der Europäischen Union geworden ist und es diesem Kanzler gelang, von einer Unterredung mit Gorbatschow ohne das von Moskau durch Jahrzehnte ausgesprochene „Njet“ heimzukehren. Vielleicht ist auch noch vermerkt, dass dieser Vranitzky nach 16 Jahren Oppositionsrolle der ÖVP wieder an der Spitze einer Koalition mit dieser stand. Und dass es ihm angesichts der veränderten Zeiten gelang, sozialdemokratische Traditionen in der Wirtschaftspolitik – Stichwort: Verstaatlichte Industrie – der Liberalisierung der in völligem Wandel befindlichen Zeitläufe anzupassen.

Von anderen, subtileren Fragen wird wahrscheinlich weniger zu lesen sein, weil, so wollen wir hoffen, das einst in Frage Gestellte längst unbestrittenes Allgemeingut geworden ist. Und doch war es Franz Vranitzkys Verdienst, historische Wahrheit seinen Landsleuten zumutbar zu halten, als er der so lange gehegten Legende vom ausschließlichen Hitler-Opfer Österreich die endgültige Absage erteilte und aus dieser Konsequenzen ableitete. Er sprach aus, dass viele Österreicher den „Anschluss“ begrüßt, das NS-Regime gestützt und an Unterdrückung und Verfolgung teilgenommen hatten und sich Österreich auch nach einem halben Jahrhundert nicht darüber hinwegsetzen

könne; und dass es, wo dies noch nicht erfolgt war und soweit überhaupt möglich, Schäden wieder gutzumachen habe. In seinen kürzlich erschienenen „Politischen Erinnerungen“ (Paul Zsolnay Verlag) gibt Vranitzky dieser Grundsatzklärung, die er am 8. Juli 1991 im Parlament abgab, wörtlich Raum. Sie wurde zum Ausgang der Restitutionsgesetze, die viel zur Stärkung des österreichischen Ansehens in der Welt beitrugen. Vranitzky war in Ablehnung des Hitlerregimes aufgewachsen, und Gedenken an die, die dessen Opfer wurden, war ihm nie bloße Geste, sondern Bedürfnis in der Verantwortung vor der Geschichte.

In engem Zusammenhang damit steht die Beendigung der SP-FP-Koalitionsregierung, in die er von Bundeskanzler Sinowatz 1984 als Finanzminister berufen worden war. Dabei weiß er deren FPÖ-Minister durchaus zu schätzen, auch den Verteidigungsminister Frischenschlager, dessen Handschlag mit dem amnestierten Kriegsverbrecher Reder er eher als ungeschickte Reflexgeste sieht und dem er für die Beteiligung des Bundesheers an der Februarfeier 1984 im Karl-Marx-Hof Anerkennung nicht versagt. Aber mit dem in Innsbruck zum neuen Obmann gewählten Jörg Haider und jener FPÖ, die ihn auf den Schild gehoben hatte, wollte Vranitzky nichts zu tun haben, auch nicht um den Preis, die ÖVP weiter in der Opposition dahinsiechen zu lassen und sich die Koalition mit deren nach seiner Einschätzung sehr antisozialistischen Obmann Mock zu ersparen; nämlich „weil ich der sicheren Überzeugung war, einen österreichischen Politiker und seine Partei, die sich nicht hundertprozentig und klar gegenüber der Zeit von 1938 bis

1945 abgegrenzt hatten, nicht in eine österreichische Bundesregierung aufnehmen zu dürfen.“



Vranitzky ist sich bewusst, dass die nachhaltige Prägung im jugendlichen Alter zu dieser Haltung beitrug, die ihn, wie er in Gesprächen mit Bruno Kreisky in dessen letzten Lebensmonaten feststellte, von diesem unterschied. „In der Rückschau auf seinen Werdegang sagte er: ‚Ein ehrlicher Nazi ist mir lieber als zehn dieser dumpfen Christlichsozialen‘ ... Mir würde ein solcher Satz nie entchlüpfen, nicht aus Respekt vor den Christlichsozialen, sondern aus Abscheu vor den Nationalsozialisten.“

Vranitzkys politische Erinnerungen berühren viele Gebiete seines Wirkens und geben auch da und dort Einblick in Interna der Sozialdemokratischen Partei und in sein Verhältnis zu deren einzelnen Führungspersönlichkeiten. Auch jenes zu Hannes Androsch, als dessen Berater er, von der Nationalbank der Regierung Kreisky 1970 zur Verfügung gestellt, vom Bankwesen in die Kreise der hohen Politik gekommen war. Die quälenden Auseinandersetzungen zwischen Kreisky und Androsch in den späten 1970er Jah-

ren sucht Vranitzky objektiv zu beleuchten, hingegen fühlt er sich durch spätere Vorwürfe seines einstigen „Chefs“ ungerecht behandelt.

Ein Abschnitt der Memoiren ist jenes über das Ende der „Arbeiter-Zeitung“ als Zentralorgan (1989) und den vergeblichen Versuch, ihr Fortleben durch Übergabe in private Hände zu verlängern. Für den Autor, dem Vranitzky in einem Gespräch am Wörthersee darlegte, dass sich die Partei wegen der nicht mehr leistbaren Kosten von ihrer Zeitung nach hundert Jahren trennen müsse, war dieser Beschluss bitter, aber durchaus einsichtig.

Dass das Experiment, die AZ als linksliberales Blatt weiterzuführen, so rasch scheitern würde, war nicht vorauszusehen. Aus heutiger Sicht wäre der Versuch, unserer Partei in der AZ als Wochenzeitung mit klarer politischer Linie, aber nicht mehr als „Organ“, einen Medienplatz zu erhalten, vielleicht erfolgreicher gewesen.

Was in Vranitzkys Memoiren das vielleicht über alle Politik hinaus menschlich Berührendste ist, sind seine Loyalität und seine Verehrung für Fred Sinowatz (dessen Wirken die Partei gerade jetzt zu seinem 75. Geburtstag zu Recht ausführlich würdigt). Ein paar Sätze mögen für viele stehen: Es waren sein „Wissen und die Lebenserfahrung, die ihn den legendär gewordenen Satz sagen ließen: ‚Es ist alles sehr kompliziert.‘ In einer Umgebung der Oberflächlichkeit und der Gier nach der schnell hingesagten, einfachen Antwort, die morgen schon wieder falsch sein kann, zog er dann damit den Spott auf sich. Die Richtigkeit des Satzes hat den dümmlichen Hohn allerdings längst Lügen gestraft.“

Manfred Scheuch



Heinz Fischer: Es ist Stärke, sich für Schwächere einzusetzen!

Ich will am 25. April Bundespräsident werden. Und ich werde dieses Ziel gemeinsam mit einer Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher erreichen.“ Diese Botschaft setzte SPÖ-Bundespräsidentschaftskandidat Heinz Fischer an den Beginn seiner Rede zum Wahlauftakt im neuen Wiener Messezentrum.

Heinz Fischer fordert vor allem mehr soziale Verantwortung von der Politik: „Überlassen wir die Politik nicht den Egoisten!“ Denn: „Eine der Stärken Österreichs war es immer, soziale Spannungen bestmöglich auszugleichen. Im Konsens der Sozialpartner, im Miteinander aller Kräfte in diesem Land dafür zu sorgen, dass niemand unter die Räder kommt und alle am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben. Wir alle müssen uns darauf besinnen, dass die ‚Erfolgsstory Österreich‘ ohne diesen Zusammenhalt nicht möglich gewesen wäre. Unsere Demokratie kann ohne soziale Verantwortung nicht überleben.“ Fischer lädt alle, die ihm ihre Stimme geben wollen, dazu ein, „gemeinsam mit mir soziale Verantwortung von der Politik einzufordern.“

Ein wichtiger Teil von Heinz Fischers Programm ist der Neutralität gewidmet: „Aus innerer Überzeugung spreche ich mich seit vielen Jahren beharrlich und geradlinig für die Neutralität Österreichs aus. Ich bin auch immer dafür eingetreten, mit der Neutralität verantwortungsbewusst und verfassungskonform umzugehen. Für mich ist die österreichische Neutralität Teil einer richtig verstandenen Friedenspolitik, und Friedenspolitik plus Neutralität müssen unver-



Foto: Walter B. Heinz Fischer

zichtbare Bestandteile der österreichischen Außenpolitik sein. Der harte Kern der Neutralität, nämlich kein Militärbündnis einzugehen, nicht an Kriegen teilzunehmen und keine fremden Truppen in unserer Heimat zuzulassen, hat für unser Land mehr als gute Dienste geleistet. Und verdient es daher nicht, als altmodisch und rückwärts gewandt abgetan zu werden. Ich sehe deshalb nicht den geringsten Anlass für einen Beitritt zur NATO.“

„**Das Amt** des Bundespräsidenten ist kein Amt für Amateure“, betont Fischer. „Ich werde unser demokratisches System hüten wie meinen Augapfel. Dafür braucht man Erfahrung, Augenmaß und Glaubwürdigkeit. Und außerdem ist die Fähigkeit, unterschiedliche Auffassungen zusammenzuführen, notwendig.“

„Der Bundespräsident ist kein Reserve-Bundeskanzler und auch kein Gegen-Bundeskanzler. Er wird daher auch nicht als ‚Zwischenrufer vom Tag‘ in die Politik eingreifen. Aber der Bundespräsident darf und soll sich in allen wichtigen Bereichen der Politik einbringen

und Stellung beziehen, aber dies muss mit Klugheit, mit Glaubwürdigkeit und auf Grundlage entsprechender Erfahrung geschehen.“

Der Bundespräsident hat eine staatspolitische Aufgabe, er darf daher auch politische Standpunkte haben, meint Fischer. Fast alle großen Bundespräsidenten der Zweiten Republik sind aus einer politischen Gesinnungsgemeinschaft gekommen. „Aber wenn der Bundespräsident gewählt ist, muss er sein Amt mit größter Objektivität ausüben, muss überparteilich denken und handeln. Dazu bin ich fest entschlossen.“ Niemand sei auf eine überparteiliche Amtsführung besser vorbereitet als jemand, der zwölf Jahre lang als Präsident des Nationalrates tätig gewesen ist und dabei Überparteilichkeit und Fairness unter den kritischen Augen der Abgeordneten aller Fraktionen und vor den Augen der Öffentlichkeit unter Beweis gestellt hat. „Ich muss hier nichts versprechen, ich kann auf Fakten verweisen“, so Fischer.

Fischer hat am 10. März 2004 alle seine Funktionen im Vor-

stand und im Präsidium der SPÖ zurückgelegt. „Damit sind die Türen zu allen Österreicherinnen und Österreichern, die ihre Entscheidung bei der Wahl des Bundespräsidenten ausschließlich nach Qualität und Erfahrung treffen wollen, geöffnet. Ich verabschiede mich aber damit nicht von den Idealen meiner Jugend, nicht von den Grundwerten, die mich mein Leben lang begleitet haben. Ich werde mich weiter für soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie, für bessere Chancen für die Frauen, für Solidarität und Frieden einsetzen. Mein Motto wird auch in Zukunft lauten: Es ist ein Zeichen von Stärke, sich für Schwächere einzusetzen. Und wenn die Frau Bildungsministerin dies als „linkslinke“ Positionen bezeichnet, dann frage ich mich, wo steht sie eigentlich.“

„Demokratie heißt politische Vielfalt, und Vielfalt bedeutet: Nicht alle Macht in der Hand einer Partei“, betont Fischer.

„Es wäre daher gut für die Demokratie und gut für Österreich, wenn es auch an der Spitze des Staates Pluralismus und Ausgeglichenheit gäbe.“ ■

12. Josef-Hindels-Symposium

Das diesjährige Hindels-Symposium stand im Zeichen siebzig Jahre 12. Februar 1934. Es wurde eingeleitet mit einer Tonwiedergabe einer ORF-Sendung über die Erwin-Weiss-Komposition der Februar-Kantate „Von denen, die starben lang vor ihrer Zeit“, welche die Teilnehmer auf das Thema einstimmte. Prof. Erwin Weiss, der am Symposium teilnahm, wurde mit großer Begeisterung akklamiert.

Das Symposium wurde vom Bildungsvorsitzenden GR Ernst Woller eingeleitet und von GR Dr. Michael Ludwig moderiert. Zum Thema „Die Bedeutung des 12. Februar 1934 aus heutiger Sicht“ sprachen der Leiter des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Dr. Wolfgang Maderthaler und Univ.-Prof. Anson Rabinbach von der Universität Princeton. Am zweiten Tag des Symposiums berichteten Zeitzeugen über die Ereignisse um den 12. Februar 1934. Es sprachen u. a. Dr. Susanne Bock, Hans Landauer, Alfred Ströer und der ehemalige Februar-kämpfer Fritz Inkret aus Leoben. Unter der Moderation von Ernst Nedwed kamen viele Details der Ereignisse zur Sprache. So berichtete z. B. Hans Landauer über die Österreicher, die in Spanien für die Republik gekämpft haben. Alfred Ströer berichtete über den Widerstand in den Betrieben und Susanne Bock darüber, wie sie als ganz junges Mädchen die



Ereignisse verfolgte. Besonders ergreifend war der Bericht Fritz Inkrets über die Kämpfe in der Steiermark und über die letzten Stunden des Koloman Wallisch.

Das Symposium, das am 6. u. 7. Februar im Karl-Czernetz-Bildungszentrum stattfand und an beiden Tagen gut besucht war, war Auftakt zu einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen, wo verschiedene Standpunkte über Vorgeschichte und Folgen des 12. Februar zur Sprache kamen. ■



**Oben: Rabinbach, Ludwig, Maderthaler.
Mitte: der Komponist Prof. Erwin Weiss
Unten: Landauer, Inkret, Nedwed, Bock, Ströer**



Befreiungsfeier-Mauthausen

am 9. Mai 2004

Die Internationale Mauthausen-Befreiungsfeier findet heuer am 9. Mai statt. Anmeldungen für die Busfahrt des Wiener Landesverbandes ab 12. April per Telefon, Fax oder E-Mail.

Alfred Ströer – Antifaschist von Jugend an

Eine Biografie Alfred Ströers, des jungen Widerständlers, langjährigen Gewerkschaftsfunktionärs sowie Parlamentsabgeordneten und heutigen Vorsitzenden des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer ist notwendigerweise auch ein Stück Zeitgeschichte. Wilhelm Toth legte nun nach mehrjährigen Recherchen und vor allem nach vielstündigen Gesprächen mit Alfred Ströer – „einem begnadeten Erzähler“ – selbst eine 300-seitige Biografie dieses heute im 84. Lebensjahr stehenden, voll aktiven Zeitzeugen vor (Wilhelm Toth, Vom Volksgerichtshof in die Gewerkschaftsspitze – Alfred Ströer, ÖGB-Verlag, Wien).

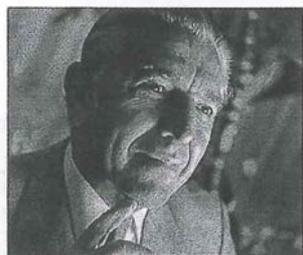
Am 3. Dezember 1920 als zweiter Sohn einer Arbeiterfamilie in Wien-Simmering geboren, wuchs Alfred Ströer von Kindheit an in sozialdemokratischer Gesinnung auf, erlebte am Ende der Schulzeit die brutale Zerstörung der Demokratie und Ausschaltung der Arbeiterbewegung durch die Austrofaschisten und, bereits in der Simmeringer Waggonfabrik zum Werkzeugmacher ausgebildet, den „Anschluss“.

Schon unter Schuschnigg in illegaler Gewerkschaftstätigkeit eingeübt, blieb er trotz seiner Jugend, zum Unterschied von vielen seiner Altersgenossen, gegen die Versprechungen der Naziführung, die in der Tat vielen endlich wieder Arbeit gab (aber wofür?), immun. Als der in der Untergrundarbeit bereits besser organisierte kommunistische Jugendverband eine Streuaktion mit hektographierten Flugblättern – mit Aufrufen einer „vereinigten sozialistischen Partei“ zu einer „Volksfront“ gegen Hitler – vorbereitete, war auch der junge Alfred bereit mitzumachen

(ohne dem KJV beizutreten). Alfred Ströer, wie auch die anderen jungen Aktivisten (unter ihnen auch Franz Danimann) wurden, als die Gruppe aufflog, von der Gestapo verhaftet. Mit dem „Heimtückegesetz“ hatte Hitler ein Gesetz erlassen, das jeden Widerstand gegen sein Regime mit härtesten Strafen – bis

Wilhelm Toth

Vom Volksgerichtshof in die Gewerkschaftsspitze



Alfred Ströer

Eine Biografie

öcvverlag

zur Todesstrafe – bedrohte. Für Ströer begann mit der Verhaftung am 22. Februar 1939 eine neue politische Erfahrung, die ihn erst recht zum überzeugten Antifaschisten machte. Subjektiv betrachtete er seine Inhaftierung und spätere Verurteilung, verbunden mit der Trennung von der Familie, natürlich als bitteres Los, aber hinterher, als er Einzelheiten über die tragischen Schicksale tausender anderer Widerstandskämpfer erfuhr, durfte er feststellen, dass er in allem Unglück letztlich Glück gehabt hatte, aus den Todesmühlen des Dritten Reichs heil herausgekommen zu sein.

Bei den Verhören im Hotel Metropole, dem Sitz der Gestapo-Leitstelle Wien, blieben Ströer, zum Unterschied von manchen anderen, gröbere Folterungen erspart; Fangfragen, Beschimpfungen, Drohungen und das bei den Schergen beliebte, für den Häftling aber recht schmerzhaft

„Anrempeln“, Ohrfeigen und „Kopfnüsse“ musste er immer wieder erdulden. Am 22. Februar 1940 begann vor dem Volksgerichtshof der Prozess „gegen Leo Hübner und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat“. Alfred Ströer wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt und galt nun als „politisch unzuverlässig“ und damit als „wehrunwürdig“, was ihm nach Abbüßung der Strafe vorerst die Einberufung in die Wehrmacht ersparte. Am 1. Juli 1940 trat er seine Strafe an, zunächst im Landesgericht, dann im Gefängnis in Wiener Neustadt. Dort fand er in Karl Flanner, heute Leiter des Industrieviertelmuseums, einen Freund fürs Leben. Nach seiner Entlassung bekam er einen Arbeitsplatz in den Simmeringer Saurer-Werken. Der Betrieb war voll für die Rüstung tätig. Im Kreis von Arbeitskollegen, zumeist alten Sozialdemokraten, die mit kleinen, dennoch lebensgefährlichen Sabotageakten mithalfen, den „Endsieg“ in immer weitere Fernen zu rücken.

Als die Verluste der Wehrmacht in Russland immer höher wurden, schlug das Oberkommando im April 1942 vor, „es könnten sogar mit Zuchthaus vorbestrafte Wehrunwürdige ohne eigenen Antrag zwecks Verwendung bei der fechtenden Truppe zur gnadenweisen Wiederherstellung der Wehrowürdigkeit“ herangezogen werden. Gegen Bedenken der SS stimmte Hitler im September 1942 dem Vorschlag zu und bald darauf wurde die erste „Bewährungseinheit“ aufgestellt. Alfred Ströer gehörte zur ersten Einberufungswelle für die „Afrikabrigade 999“. Nach einer von harten „Schleifern“ durchgeführten Ausbildung im ehemaligen KZ Heuberg auf der Schwäbischen Alb wurde

die Brigade, die man wegen befürchteter Unzuverlässigkeit offensichtlich nicht gegen die Rote Armee einsetzen wollte, in besetzten Gebieten hin und her geschoben. Ströer blieb erspart, was einem Teil der 999er noch blühte, die tatsächlich noch nach Afrika, in den Endkampf in Tunesien, geschickt wurden. Er kam auf die Insel Rhodos, wo die Deutschen nach Italiens Kapitulation im September 1943 die Besatzung aufrechterhielten. Es war, von einigen britischen Kommandounternehmen abgesehen, ein relativ ruhiges Leben, wenn auch die Versorgungslage immer trister wurde.

Die Wehrmachtsbürokratie

arbeitete noch: Am 29. September 1944 erhielt Ströer überraschend seine „Wehrwürdigkeit“ zurück. Bei Kriegsende besetzten britische Truppen die Insel. Am 10. Dezember 1946 konnte Alfred Ströer in Wien seine Mutter in die Arme schließen. Die Jahrzehnte, die nun folgten, waren die des Aufstiegs Alfred Ströers vom Vertrauensmann der Gewerkschaftsjugend zum Leitenden ÖGB-Sekretär, Nationalratsabgeordneten, ÖGB-Finanzreferenten und Vorstandsvorsitzenden der BAWAG – eine lange und erfolgreiche Laufbahn im Dienste der Gewerkschaften und im Sinne sozialdemokratischer Politik, die 1987 einen Abschied, aber keineswegs ein Ende der Aktivitäten des fast ein halbes Jahrhundert zuvor vom NS-Regime als „Verbrecher“ abgeurteilten aufrechten Österreichers und Antifaschisten bildeten. Alfred Ströers Biografie wurde im Parlament in Anwesenheit zahlreicher seiner Freunde und Weggefährten von 2. Präsident Heinz Fischer präsentiert

Manfred Scheuch

Der 12. Februar und Immanuel Kant

Häupl: Wer sich der Geschichte nicht stellt, wird die Zukunft nicht bewältigen!

Der 12. Februar ist für uns vor allem ein Bedenk-Tag, denn wir tragen nicht, wie es so schön heißt, die Asche in die Zukunft. Zum 70. Jahrestag des Bürgerkriegs ist dieses gemeinsame Bedenken angebracht: Es soll erinnert werden an die unmittlerbaren Ereignisse und einmal mehr an die große Zahl der Opfer“, sagte der Vorsitzende der SPÖ Wien, Bürgermeister Michael Häupl, im Rahmen der Gedenkveranstaltung „70 Jahre 12. Februar“ im Karl-Marx-Hof. Häupl kritisierte, dass in den Medien wieder revisionistische Thesen von der „geteilten Schuld“ zwischen Opfern und Tätern auftauchen. Zwar habe es seitens der Partei Fehler gegeben, aber die Sozialdemokratie sei in dieser Auseinandersetzung „immer auf der Seite der Demokratie, des Rechts und der Solidarität mit der Arbeiterbewegung gestanden“.

Dagegen haben die Christlich-sozialen schon lange vor dem 12. Februar „Abschied von der Demokratie, in Wahrheit auch von der Republik“ genommen und sich auf eine militärische Auseinandersetzung vorbereitet. „Es kann keine geteilte Schuld zwischen Täter und Opfer geben“, erteilte Häupl solchen Interpretationen eine klare Absage. Wie schon in der Frage der NS-Vergangenheit und der Verstrickung vieler Österreicher in den Nationalsozialismus, plädierte der Wiener Bürgermeister für eine „ehrliche und offene Auseinandersetzung“ über die Zwischenkriegszeit. „Wer sich nicht der Geschichte stellt, wird die Zukunft nicht bewältigen“, so Häupl.

Im Zusammenhang mit dem Gedenktag verwies der Bürgermeister auch auf den 200. Todes-



Februarfeier vor dem Karl-Marx-Hof: Ludwig, Gusenbauer, Häupl

tag Immanuel Kants. Dessen philosophisches Werk sei gerade im Zeitalter des „inhumanen Neoliberalismus“ von größter Aktualität. Häupl stellte Kants Philosophie des Friedens und der Toleranz dem Gedankengut jener entgegen, „die glauben, die Welt mit Hass, Krieg und Antidemokratie regieren zu können“. Die Erinnerung an den 12. Februar sei in diesem Sinne eine „Mahnung, für den sozialen Zusammenhalt und Humanismus in der Gesellschaft einzutreten“, betonte Häupl.

Kants Vorstellungen vom „ewigen Frieden“ unter den Völkern sollte auch als Mahnung in unserer Zeit gelten, in der sich jener Mann an der Spitze eines Staates, dessen urdemokratische Verfassung vom Geist Kants getragen ist, als „Kriegspräsident“ feiern lässt.

SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer lehnte in seiner Ansprache die These, wonach es zum Austrofaschismus keine Alternative gegeben hätte, ab. Christlichsoziale und Heimwehren versuchten, den gesellschaftlichen Fortschritt zu beseitigen, die Widerstandskämpfer verteidigten gegen sie Demokratie, Verfassung und menschliche Würde – die Demokratie wäre sehr wohl die bessere Lösung gewesen. So hat der Austrofaschismus Österreich „aufbereitet“ für den Hitlerfaschismus. Gusenbauer warnte vor einem „historischen Revisionismus“, der versuche, die Fakten der Geschichte umzuschreiben. Und in Richtung ÖVP sagte er: Wenn diese aus der Geschichte gelernt hätte, würde heute kein Bild von Engelbert Dollfuß im ÖVP-Parlamentsklub hängen. ■

Kreisky-Preise

Den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch erhielten heuer Alison Des Forges für „Kein Zeuge darf überleben – Genozid in Ruanda“, die Historikerkommission der Republik Österreich für den Schlussbericht über Vermögensentzug während der NS-Zeit und Entschädigungen seit 1945 sowie Ryszard Kapuscinski für sein Gesamtwerk.

Anerkennungspreise erhielten u. a. Kurt Bauer (ein Buch zum Nazi-Juliputsch 1934), Elisabeth (Neoliberalismus-Kritik) und Monika Höglinger (Kopftuch-Frage).

Der 12. Februar bleibt unvergessen

Anlässlich des 70. Jahrestages der Februartage fanden in vielen Orten Gedenkveranstaltungen der SPÖ, der Freiheitskämpfer, der Jugend- und der Bildungsorganisationen sowie der Gewerkschaftsfraktionen statt. Nicht alle Veranstaltungen wurden uns mitgeteilt, aber von jenen, die gemeinsam mit den Freiheitskämpfern durchgeführt wurden, können wir exemplarisch einiges berichten.

Im Burgenland, in Neufeld, fand im Rahmen der Media-Show „Wacht auf, Verdammte dieser Erde“ ein Februargedenken statt.

In Klagenfurt wurde am Friedhof Annabichl ein Kranz niedergelegt. Redner war Hans Pawlik.

In Niederösterreich gab es sehr viele Kundgebungen und Gedenkfeiern. Bei einigen Veranstaltungen sprachen die Spitzenvertreter der SPÖ, Heidemaria Onodi, Abgeordnete zum Nationalrat und Landtagsabgeordnete, sowie Vertreter der Bezirksorganisationen und als Vertreter der Freiheitskämpfer Landesvorsitzender Karl Gruber. Außerdem berichteten Zeitzeugen über die damaligen Ereignisse, die schließlich zu zwölf Jahren Austro- und Nazifaschismus führten. Unter anderem fanden Veranstaltungen und Kranzniederlegungen statt und zwar in: St. Pölten (Karl Gruber, musikalische Umrahmung Eisenbahnmusik St. Pölten), Mödling (Andreas Holzmann, Alfred Ströer, Hannes Weninger, Werner Burg), Wöllersdorf (Heidemaria Onodi, Karl Gruber, Johann Stippel, Peter Wittmann, musikalische Umrahmung Bläserensemble Josef-Matthias Hauer Konservatorium Wiener Neustadt), Gr. Siegharts (Josef



Foto: Freiheitskämpfer

Schon vor den Kundgebungen anlässlich 70 Jahre 12. Februar legte eine Delegation der Wiener Freiheitskämpfer den gemeinsam gewidmeten Kranz des Parteivorstandes, der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter, der SPÖ Wien und der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus 1934–1945 nieder.

Leichtfried, Anton Koczur, Robert Kurij), Kindwald in Ternitz (Hubert Pfoch, Hans Kaiser), Wiener Neustadt, Wöllersdorf, Stockerau, Krems-Lerchenfeld (Johann Angerer, Siegfried Nasko), Tulln (Peter Schwarz), Korneuburg (Bgm. Peterl, Dr. Junker, Organisatorin Grete Rodler) und Gänserndorf.

In Salzburg gedachte die SPÖ-Stadt im Kommunalfriedhof der Opfer des 12. Februar. Bürgermeister Heinz Schaden hielt die Rede bei der Gedenkveranstaltung, bei der Landesrat Othmar Raus, NR Stefan Prähauser, Landtagsvizepräsident Johann Holztrattner, Stadtrat Josef Huber, LH-Stv. a. D. Karl Steinocher und Landesvorsitzender Edi Goldmann sowie ei-

ne Reihe von Landtagsabgeordneten und Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der Stadt Salzburg und Bezirksgeschäftsführer und Juso-Vorsitzender Wolfgang Gallei teilnahmen.

In Graz trafen sich Vertreter der Partei gemeinsam mit den Freiheitskämpfern am Grab des hingerichteten Schutzbündlers Josef Stanek. Ein Fackelzug der Sektion Graz-Eggenberg führte zum Stanek-Gedenkstein. Es sprach Landesvorsitzender Albert Kaufmann.

In Leoben wurde eine Theatercollage zum Standrechtsprozess Koloman Wallisch gezeigt. In Bruck an der Mur sprach bei einer großen Gedenkveranstaltung Nationalratspräsident Heinz Fischer und der Landes-

parteivorsitzende Franz Voves. Anschließend wurde die Ausstellung „Wert einer Demokratie“ eröffnet.

In Tirol fand in Innsbruck eine Gedenkveranstaltung beim Mahnmal in der Reichenau statt. Am Parteihaus in Innsbruck enthüllte LH-Stv. Hannes Gschwenter eine Gedenktafel. Eine Reihe von Vorträgen informierte über die Ereignisse vor 70 Jahren. In Wörgl, wo es im Jahre 1934 auch Kämpfe gegeben hat, sprachen auf dem Bahnhofplatz LH-Stv. Hannes Gschwenter, LAbg. Josef Auer, Stadtparteivorsitzender Rainer Raunegger und Vbgm. Hedi Wechner. In Bad Häring berichtete Peter Riedmann über die Februartage vor siebzig Jahren. >>

Zum 70. Jahrestag Februar-G

In Wien fand eine Reihe von Veranstaltungen gemeinsam mit der Bildungsorganisation, mit der Sozialistischen Jugend, mit der Jungen Generation, mit Bezirksorganisationen sowie im Rahmen der Erwachsenenbildung und in Gewerkschaftsveranstaltungen statt. Bei der zentralen Kundgebung im Karl-Marx-Hof sprachen u. a. GR. Franz Ekkamp, Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer, Bgm. Michael Häupl und Bundesvorsitzender Alfred Ströer.

Die Veranstaltungen im Einzelnen: Kranzniederlegungen bei den Mahnmalen auf dem Zentralfriedhof, bei denen Landesvorsitzender Ernst Nedwed und Herbert Exenberger sprachen, in Margareten eröffneten Bez.-Vorst. Kurt Wimmer und Erwin Lanc eine Ausstellung unter dem Titel „Der Kampf um die Republik“. Im Alsergrund referierte Peter Ulrich Lehner über den Weg zum 12. Februar 1934, in Favoriten fand im Festsaal des ehemaligen Arbeiterheimes Favoriten eine Gedenkveranstaltung statt, bei der Hertha Slabina, NR Anton Gaal und Alfred Ströer sprachen. In Meidling wurde die Ausstellung über den hingerichteten Freiheitskämpfer Josef Gerl von Bez.-Vorst. Gabriele Votava eröffnet. Am Meidlinger Friedhof fand eine Kranzniederlegung statt.

In der engagierten Volkshochschule Hietzing diskutierten Prof. Gerhard Jagschitz, NR Walter Tancsits (ÖVP), Prof. Gottfried-Karl Kindermann und Manfred Scheuch, unter der Moderation Hans-Henning Scharachs, über den 12. Februar 1934. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch die Ausstellung „GegenGewalt“ eröffnet.

Auf dem Goldmarkplatz wurde beim Münchreiter-Denk-



Oben: Kranzniederlegung beim Mahnmal der Februar-Opfer (Gruppe 28, Reihe 42, siehe auch Seite 10)

Mitte: Die NÖ Freiheitskämpfer bei der Gedenkfeier in St. Pölten

Unten: Hunderte kamen zur Gedenkkundgebung vor dem Karl-Marx-Hof. In erster Reihe: Darabos, Ludwig, Gusenbauer, Häupl, Ströer, Kopietz

Gedenken in ganz Österreich



Oben: Kranzniederlegung an der Gedenkstätte in Graz. Redner Albert Kaufmann (unter den Teilnehmern Bürgermeister a. D. Stingl) – Mitte: Gedenken in Klagenfurt-Annabichl. Redner Hans Pawlik Unten links: Bürgermeister Schaden beim Salzburger Gedenkstein – Unten rechts: NÖ-Gedenken beim Mahmal Wöllersdorf (Gruber, Wittmann, Onodi, Stippel)



Foto: Freiheitkämpfer

mal ein Kranz niedergelegt. In Rudolfsheim-Fünfhaus verband die Junge Generation den 100. Geburtstag von Rosa Jochmann mit einer dreitägigen Aktion über den 12. Februar 1934. Einleitend sprachen Gerhard Zatlakal, Christoph Ertl und Ernst Nedwed. Vor dem Arbeiterheim in Ottakring sprachen Willy Wagner und GR-Klubobmann Christian Oxonitsch. Im 20. Bezirk fand neben einer Kranzniederlegung im Josef-Gerl-Hof eine Veranstaltung „Die Tage des 12. Februar 1934“ statt.

In Floridsdorf wurde die traditionelle Gedenkkundgebung beim Georg-Weissel-Denkmal auf der Prager Straße abgehalten. In der Donaustadt sprach im Goethe-Hof Stefan Schemer bei einem Gedenkabend. In Liesing fand die Enthüllung einer Gedenktafel durch Dir. Maximilian Weikhart, Stadtrat Werner Faymann und Alfred Ströer statt.

Dr. Gerald Netzl hat aus diesem Anlass auch die Broschüre „Der 12. Februar in Liesing“ veröffentlicht.

Ernst Nedwed

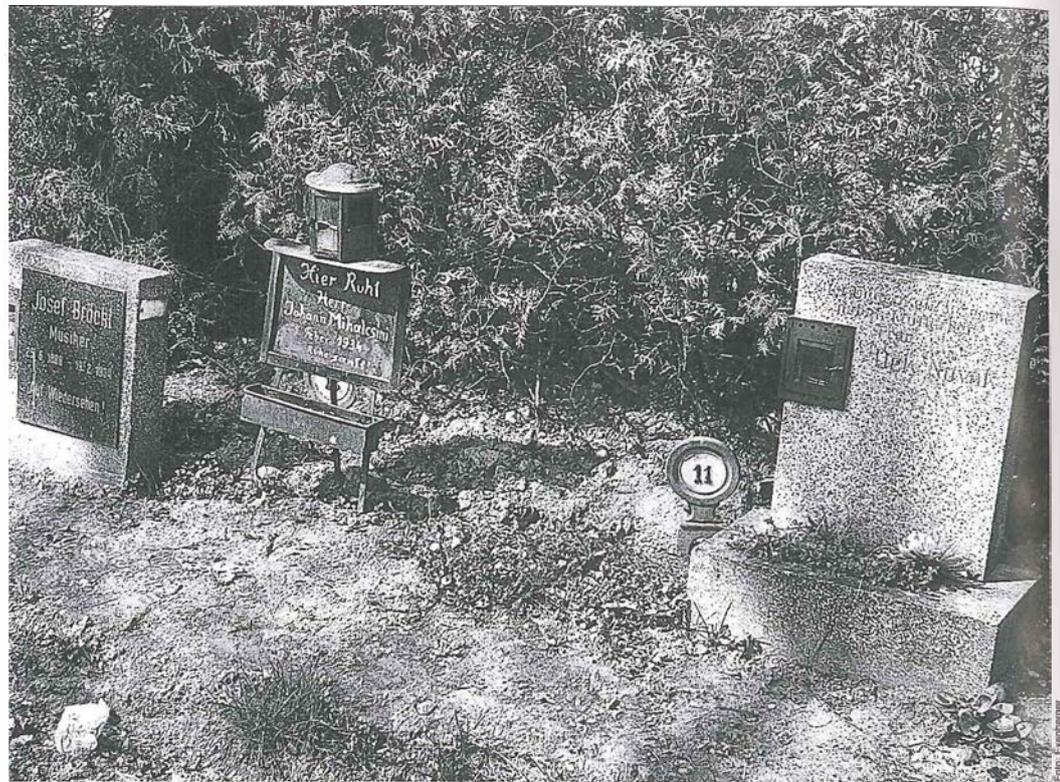


Zentralfriedhof – Gruppe 28/Reihe 42

Wie jedes Jahr legten Vertreter der Freiheitskämpfer auch heuer, anlässlich des 70. Jahrestages der Februartage, beim Mahnmal für den Opfer auf dem Wiener Zentralfriedhof (Gruppe 28, Reihe 42) einen Kranz nieder. Aus diesem Anlass erinnerte Professor Herbert Exenberger daran, dass nach der blutigen Zerschlagung der Demokratie und der Niederwerfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 durch die Austrofaschisten sich die neuen Machthaber auch mit der Frage der Beerdigung der bei den Kämpfen getöteten Menschen befassen mussten. Während die Opfer der Exekutive und der austrofaschistischen paramilitärischen Verbände mit großem Pomp und Aufwand bestattet wurden, sollten die gefallenen Schutzbündler und die vielen zivilen Opfer heimlich und ohne jedes Aufsehen beerdigt werden. Am 16. Februar 1934 trafen sich deshalb Vertreter der Behörden und der Leichenbestattungsunternehmen, um die Beerdigung der zivilen Opfer zu besprechen. In dem damals angefertigten Protokoll heißt es:

„Um in die beteiligten Kreise nicht neuerlich Unruhe zu tragen, wird zur Erwägung gestellt, dass außer dem Seelsorger keine Redner in der Aufbahnhalle beziehungsweise am Grabe auftreten ... Die Parteilisten dürfen nichts Gesetzwidriges und Aufreizendes enthalten, sondern am besten nur allgemeine Redewendungen wie ‚einem tragischen Geschicke zum Opfer gefallen‘ und dergleichen.“

Für die geplante Bestattung der zivilen Opfer und der gefallenen Schutzbündler am 20. Februar 1934 wurde bereits zu Mittag der Friedhof für private Be-



So sahen die Gräber der toten Schutzbündler vor der Errichtung des Mahnmals (siehe Seite 8) aus

sucher gesperrt. Tatsächlich erfolgten sämtliche Begräbnisse einen Tag später. Trotz aller dieser Geheimhaltungsversuche informierte bereits am 8. April 1934 die im Untergrund verbreitete „Arbeiter-Zeitung“ ihre Leser über die Gräber der Wiener Februargefallenen. Über das Massengrab in der Gruppe 28 des Wiener Zentralfriedhofes schreiben sie: „Zwei Schächte in der Gruppe 28, Nummer 1–65, in denen 130 gefallene Schutzbündler ruhen, wurden am Gründonnerstag mit einem großen Plakat bedeckt, auf dem geschrieben stand: ‚Hier ruhen unsere ermordeten Schutzbündler!‘ Die Kunde davon verbreitete sich sehr rasch und tausende Arbeiter zogen an den so kenntlich gemachten Gräbern vorbei.“

Von den hier verscharrten Opfern konnten einige wenige

Frauen und Männer der Anonymität entrissen werden.

Heinrich (Johann) Berger, Josef Bröckl (geb. 25.6.1888), Musiker, gestorben 19. Februar 1934; Anton Herzog (geb. 1895); Franz Judex; Josef Kamenik (geb. 10.12.1887) erlitt am 12. Februar 1934 beim Ausgang des Bahnhofes Heiligenstadt (19. Bezirk) tödliche Schussverletzungen; Andreas Klein (geb. 1861); Jakob Koch; Hans Kreuschitz; Alfons Lakomy; Marie Lenker; Johann Menschik; Johann Michalsini; S. Nemecek; Franz Nerad (geb. 25.10.1895); Frau Novak; Gisela Rössler (geb. 1867); Johann Schwab; Johann Steininger; Gustav Stocker; Alexander Toth (geb. 26.2.1901), Eisen gießer, erlitt am 13. Februar 1934 in der Brünner Straße 57 (21. Bezirk) durch einen Brustschuss tödliche Verletzungen; Josef Vaneck; Franz Wondra.

Nach der Befreiung vom Faschismus diskutierte die Organisationskommission der SPÖ am 9. und 16. Dezember 1947 über ein zu errichtendes Mahnmal für die Opfer des Februar 1934. Dazu wollte Zentralsekretär Otto Probst sogar einen künstlerischen Wettbewerb initiieren. Dieser Gedenkstein sollte auf dem Massengrab in der Gruppe 28 errichtet werden. Notwendig wäre aber ein Beschluss des Parteivorstandes der SPÖ gewesen, der jedoch keine Stellungnahme dazu abgab. Erst fünfzig Jahre nach dem Februar 1934, am 12. Februar 1984, wurden die bereits verrosteten spärlichen Parquettafeln und die einzelnen winzigen Grabsteine in der Gruppe 28, Reihe 42 durch ein von Leopold Grausam gestaltetes und von unserem Bund gestiftetes Mahnmal ersetzt. ■

Herbert Exenberger

Erinnerungen an Münichreiter

Der heuer 80 Jahre alt gewordene Karl Münichreiter hat in einem menschlich ungemein berührenden Buch die Erinnerungen an seinen von den Austrofaschisten ermordeten Vater festgehalten: „Ich sterbe, weil es einer sein muss“ (Trotzdem Verlagsges.m.b.H. der Sozialistischen Jugend Österreichs). Er erzählt die Familiengeschichte, eine Geschichte, die vor dem Februar 1934 wohl jener der meisten österreichischen Arbeiterfamilien glich: Geboren 1891 im niederösterreichischen Steinakirchen am Forst, erlernte Karl Münichreiter das Schuhmacherhandwerk, wurde 1914 an der russischen Front schwer verwundet und in die Munitionsfabrik Wöllersdorf abkommandiert, fand dann im Keller eines Hauses in der Auhofstraße, im Nobelbezirk Hietzing, eine Bleibe – und seine Frau, die Hausgehilfin Leopoldine Fuchs. Minutiös schildert der Sohn den Proletarieralltag im Souterrain, in dem der Wohnraum zugleich Schusterwerkstätte und Küche bilden musste, eine kleine Kulturgeschichte aus dem Leben derer von „unten“, mit Spirituskocher, Kanonenofen im Winter, Waschgelegenheit im Lavoir, Klo auf dem Gang.

Der Vater war schon 1913 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden. Dem Schutzbund wollte er vorerst nicht beitreten – seit seinen Kriegserlebnissen wollte er keine Waffe mehr in die Hand nehmen. Aber als die Polizei am 15. Juli 1927 auf die Demonstranten Jagd machte und achtzig Menschen erschoss, änderte er seine Haltung. Mit seiner Fronterfahrung wurde er Kompaniekommandant im Schutzbund.

Die Vorgänge am 12. Februar in Hietzing sind bekannt. Die Polizei überfiel das Kinder-



Foto: Fremdenblatt

Karl Münichreiter, unten seine Familie: Ehefrau Leopoldine, Paul, Lucie und Karl (der Autor des Buches über seinen Vater)



freundeheim am Goldmarkplatz, es kam zu einem kurzen Feuergefecht, und während den meisten Schutzbündern die Flucht gelang, wurde der schwer verletzte Münichreiter gefasst.

Erschütternd der Bericht der Ehefrau Leopoldine über ihren Besuch in der Todeszelle des standrechtlich verurteilten Gatten. Sie wusste noch nicht, was ihm bevorstand. „Dann muss ich es dir sagen. Ich sterbe keines natürlichen Todes. Ich sterbe, denn einer muss es ja sein ...“ Der Sohn Karl erfuhr vom Tod seines Vaters aus dem „Kleinen Volksblatt“. Der Zehnjährige las „Das erste Standgerichtsurteil in Wien vollstreckt“ – und wollte es nicht fassen, dass da der Name seines Vaters stand.

Die Tage danach voll Bitternis und Trauer. Als Frau Dollfuß kam, um zu fragen, ob die Mutter vielleicht einen Hausbesorgerposten brauche, warf sie sie hinaus. Später, als sie erfuhr, dass der Kanzler von den Nazis ermordet worden war, meinte sie nur: „Jetzt wird Frau Dollfuß verstehen, wie es ist, wenn einem der Mann genommen wird.“ Aber da war sie mit ihren Kindern schon über die Schweiz nach Frankreich geflohen. Und das Ziel war die Sowjetunion, die sie im September 1934 per Schiff erreichten. Die Vorzugs-

behandlung der Kinder hörte mit dem Hitler-Stalin-Pakt auf. Karl und seine Schwester Lucie waren in einem Ferienlager in Weißrussland, als der deutsche Angriff begann. Auf Umwegen gelangten sie schließlich zu Verwandten nach Wien. Der ältere Bruder Paul wurde in Russland von einem Polizisten erschossen. Die Mutter konnte 1946 heimkehren und ihre beiden Kinder nach Jahren der Ungewissheit in die Arme nehmen. Sie durften die postume Ehrung ihres Vaters erleben: die Benennung eines Straßenzugs in Unter St. Veit in Münichreiterstraße und die Errichtung eines Mahnmals und einer Gedenkstätte am Goldmarkplatz. ■

Manfred Scheuch



Sie wollen wieder „zurück“

Zum 70. Jahrestag der Februarkämpfe hat die Sozialistische Jugend Wien eine hochformatige Broschüre herausgebracht.

Zahlreiche Fotos illustrieren den Gang der Ereignisse. Besonders wichtig ist das letzte Kapitel „Zehn schwarze Lügen und ihre Widerlegung“, das mit dem Gerede von der „geteilten Schuld“ und mit der Stilisierung von Dollfuß als Widerstandskämpfer gegen die Nazis aufräumt.

Ludwig Dvorak, Landesvorsitzender der SJ Wien, zieht aus der Befassung mit der Entwicklung, die zum Februar 1934 führte, durchaus auch Schlüsse zur Politik von heute: „Seit dem Jahr 2000 jubeln ÖVP und FPÖ über das Ende von ‚30 Jahren sozialistischer Politik‘ und gehen eifrig daran, den Sozialstaat zu demolieren und Volksvermögen zu verschleudern ... So wie 1930 die Christlichsozialen in die Zeit vor 1918 zurück wollten, möchten viele ÖVPLerinnen und ÖVPLer heute in die Zeit vor 1970 zurück (und manche vielleicht noch weiter).“

„Der Kamerad mit dem rosa Winkel“

Das nationalsozialistische Schreckensregime hat viele Menschen, die nicht in sein politisches System oder Gesellschaftsbild passten, rücksichtslos gefoltert und ermordet. Viele von den Nazis verfolgte Gruppen wurden bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs von der noch jungen 2. Republik Österreich als NS-Opfer anerkannt und staatlich entschädigt. Andere Gruppen mussten lange warten, bis sich der Staat auch ihrer erinnerte. Eine dieser Gruppen sind die von den Nazis verfolgten, gefolterten und ermordeten homosexuellen Frauen und Männer, über deren Schicksal hier berichtet werden soll.

Vorweg: Natürlich gab es auf Grund katholisch-konservativer Wertvorstellungen auch schon vor den Nazis (und leider auch noch einige Zeit nach Untergang des NS-Regimes) Strafgesetze gegen Homosexuelle, die vor allem gegen homosexuelle Männer drakonisch angewandt wurden.

Nur waren dies einfache Strafgesetze, die aus heute unverständlich anmutenden Gründen damals homosexuelle Kontakte verboten und dafür Gefängnisstrafen vorsahen. Nichts von alledem ist aber mit dem Leiden vergleichbar, das die Nazis brachten: die spezifische Folterung durch SS, SA oder Gestapo. Die Anhaltung und in den schlimmsten Fällen der Tod vieler homosexueller NS-Opfer in Konzentrationslagern ist bei weitem nicht mit der „normalen“ Strafhafte einer demokratischen Republik vergleichbar. Erst in den 1990er Jahren wurde die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Schicksale ernsthaft angegangen. Besonders erschreckend zeigt sich das

Leid homosexueller NS-Opfer im 1999 produzierten US-Film „Paragraph 175“, in dem einige der wenigen heute noch lebenden homosexuellen NS-Opfer zu Wort kommen. Sie erzählen von ihren Erlebnissen und ihrem Leiden zwischen 1933 und 1945, machen greifbar, was so viele Menschen auch lange nach Ende des NS-Regimes nicht wahrhaben wollten: wie die Nazis systematisch gegen Schwule und Lesben vorgingen, sie mit besonderer „Aufmerksamkeit“ folterten und misshandelten, ihnen den rosa Winkel (für schwule Männer) bzw. überhaupt nur den schwarzen „Asozialen-Winkel“ (für lesbische Frauen) verpassten und sie in Konzentrationslager steckten, wo sie meist am untersten Ende der Lagerhierarchie standen.

Die Nationalsozialisten gingen schon sehr früh gegen Homosexuelle (vor allem Männer) vor. Diese spezifische Verfolgung Homosexueller durch das NS-Regime zeigt sich besonders eindringlich in folgenden Berichten, die allesamt dem Buch „Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte“ von Hans-Georg Stümke entnommen sind: „Homosexualität sei ein ‚Angriff auf die völkische Sittenordnung, die Gefährdung der richtigen sittlichen Haltung des Volkes‘. Mit Blick auf die Republik Weimar hieß es, das alte Recht habe ‚der sittlichen Verwilderung, die bis vor kurzem ins deutsche Volk hineingetragen wurde und sich namentlich in den Großstädten öffentlich breit machte‘ nicht entgegen gewirkt. Die neue Regierung und ‚die nationalsozialistische Revolution‘ ver helfe nun auch der ‚gesunden sittlichen Haltung zum Durchbruch, zu Kraft und Verbreitung“ (Stümke, S. 110).



Günter Tolar

Überraschenderweise stoßen wir gleichzeitig auf die historische Tatsache, dass gerade unter diesem verbrecherischen Regime einige seiner führenden Köpfe selbst schwul waren, wie etwa weite Teile der SA-Führung. Das ändert aber überhaupt nichts am Leid derer, die nicht Teil dieses Regimes waren, die es sich nicht richten konnten und daher gnadenlos verfolgt wurden.

„Waren nach den offiziellen Statistiken des Dritten Reichs etwa 50.000 Homosexuelle nach Paragraph 175 verurteilt worden, so wird in einer von Lautmann/Grikschat/Schmidt im Jahr 1977 veröffentlichten Untersuchung geschätzt, dass sich die Gesamtzahl der in den Konzentrationslagern inhaftierten Homosexuellen ‚in der Größenordnung von 10.000 ... bewegt. Die einzige NS-Angabe ist die des Oberarztes Dr. Wuth aus dem Jahre 1943. Seit 1940 soll danach ‚die Mindestzahl‘ 2.248 betragen haben, dürfte jetzt aber‘, wie er hinzufügte, ‚etwas höher liegen‘ ... Für Auschwitz ergibt eine Auswertung der fünf erhalten gebliebenen ‚Zugangslisten‘ aus

dem Jahre 1941, dass unter den hier aufgeführten 9.396 Häftlingen 40 mit dem Vermerk ‚175‘ eingeliefert worden waren. Ihr Alter bewegt sich zwischen 21 und 60 Jahren. ... In Buchenwald waren Anfang 1945 fast 200 rosa Winkel nachweisbar.“ (Stümke, S. 127f)

Hinter diesen Zahlen stecken viele einzelne Schicksale, die wir zum Teil heute nicht mehr alle kennen. Einer von ihnen, der 1915 in Wien geborene Josef K., hat seine Erlebnisse im 1972 erschienenen Buch „Die Männer mit dem rosa Winkel“ niedergeschrieben. Seine Geschichte ähnelt – abseits seiner sexuellen Orientierung – der Geschichte vieler NS-Opfer, die das Glück hatten, überlebt zu haben: Verhaftung durch die Gestapo im März 1939, danach zuerst Gefängnishaft in Wien, nach deren Absitzen er sofort in „Schutzhaft“ genommen und ins KZ überstellt wurde – zuerst Sachsenhausen, danach Flossenbürg. 1945 dann die rettende Befreiung durch die Alliierten.

Darum ist es gut, dass zumindest für die Sozialdemokratie – und ganz besonders für die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer – heute klar ist, dass auch homosexuelle Männer und Frauen Opfer des NS-Regimes waren. Leider hilft das jenen, die damals umgekommen sind, nicht mehr –, aber für die Überlebenden ist diese Akzeptanz umso wichtiger. Sie waren und sind die Kameradin mit dem schwarzen oder der Kamerad mit dem rosa Winkel. ■

Günter Tolar & Raoul Fortner

Günter Tolar ist Bundesvorsitzender der sozialdemokratischen Homosexuellenorganisation SoHo, Raoul Fortner ist SoHo-Bundessekretär.

Die „braunen Flecken“ aufarbeiten!

Die Wahrheit ist zumutbar, zitierte SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer kurz nach seinem Amtsantritt die Dichterin Ingeborg Bachmann, und er kündigte damit eine umfassende und schonungslose Aufarbeitung der so genannten „braunen Flecken“ innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie an. Eine konkrete Schlussfolgerung zog daraus der Bund sozialdemokratischer Akademiker (BSA), der begann, seine Rolle bei der Reintegration ehemaliger Nazis nach 1945 kritisch zu überprüfen. Einen Zwischenbericht legte Caspar Einem gemeinsam mit Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz jüngst mit der Studie „Die Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten“ vor.

Es war vor allem der Fall des NS-Euthanasiearztes Heinrich Gross, der die Untersuchung der Haltung des BSA in diesem Problemkreis unumgänglich gemacht hatte. In der Studie werden die Gründe dafür dargestellt, wieso es dazu kam, dass ehemaligen Nazis

„Persilscheine“ ausgestellt wurden, um sie als Mitglieder des BSA anzuwerben und damit für die Übernahme wichtiger Posten als geeignet erscheinen zu lassen.

Ein Hauptgrund war der akute Akademikermangel, unter dem die SPÖ nach den Jahren der Verfolgung 1934–1945 litt. Viele der zuvor auf der linken Seite stehenden Wissenschaftler, Intellektuellen und Verwaltungsfachleute waren vertrieben oder ermordet worden. Im Gegensatz zum BSA verfügte die ÖVP mit dem Cartellverband (CV) über eine etablierte, fast intakt gebliebene Elitenrekrutierung, und sie konnte zudem auf einen Funktionsapparat zurückgreifen, der während der Zeit des Austrofaschismus sämtliche leitende Positionen im Staat besetzt hatte. Auch waren im Zuge des Kalten Krieges die Maßnahmen zur Entnazifizierung rasch nicht mehr politisch opportun – an den Wahlen des Jahres 1949 durfte auch das Gros der mehr als eine halbe Million NSDAP-Mitglieder, anders als 1945,

wieder teilnehmen. Das hatte einen Wettlauf der Parteien um die Wählerstimmen der „Ehemaligen“ und ihrer Familien zur Folge. Die SPÖ war bemüht, die Machtposition des ÖVP-dominierten „bürgerlichen Lagers“ sowohl dadurch als auch durch die von Innenminister Helmer forcierte Gründung des VdU (der späteren FPÖ) als Auffangbecken für Ex-Nazis zu schmälern. Übrigens galt dieser Wettlauf nicht nur für die beiden Großparteien, sogar die KPÖ versuchte, mit einer „Nationalen Liga“ „Ehemalige“ für sich zu gewinnen.

Was der Bericht der damaligen SPÖ-Führung nicht ersparen kann, ist, dass sie keineswegs um eine systematische Remigration der geflohenen, zumeist jüdischen Funktionäre und Sympathisanten der alten Partei bemüht war. Zwar gab es innerhalb des BSA Kritik an der vor allem in den westlichen und südlichen Bundesländern besonders häufig geübten Aufnahme von Ex-Nazis, doch wurde ihnen entgegengehalten, dass es in akademischen Beru-

fen neben den „schwarzen“ Eliten kaum „Unbelastete“ gab: In Tirol waren z. B. von 2.000 Lehrern an die 1.900 frühere NSDAP-Mitglieder, in Kärnten galt dies für den überwiegenden Teil der Ärzte.

So unbestritten sein mag, dass in der Notsituation jener Zeit Menschen, die in ihrer Jugend geirrt hatten, eine „zweite Chance“ gegeben werden sollte, so ist es schwer verständlich, dass bei der Integration von „Ehemaligen“ keine Glaubhaftmachung ihres Gesinnungswandels, ihrer Einsicht oder Reue notwendig war und auch – wie der Fall Gross beweist – eine kritische Überprüfung ihres Verhaltens während der Hitlerherrschaft kaum hinterfragt wurde. Die Aufarbeitung dieses Problems ist, so Gusenbauer, für eine Partei, die – anders als die Christlichsozialen – immer antifaschistisch und demokratisch war, eine historische Verpflichtung. Auf eine solche selbstkritische Aufarbeitung in ÖVP und FPÖ wird man hingegen wohl noch lange warten müssen. ■

200.000 AZ-Seiten im Internet

Unter der Internetadresse www.arbeiter-zeitung.at ist seit kurzem jede AZ-Seite aus den Jahren 1945 bis 1989 auffindbar.

Alle Interessierten erhalten damit die kostenlose Möglichkeit, in sämtlichen Nachkriegsjahrgängen des Zentralorgans der SPÖ zu lesen und zu recherchieren. Insgesamt sind in diesem „Archiv“ rund 200.000 Seiten der Zeitung „online“ und können mittels Mausclick durchgeblättert werden.

Die Idee, die AZ zu einem für jedermann zugänglichen digitalen Archiv zu machen, hatte der frühere AZ-Redakteur und heutige Medienberater Andy Kaltenbrunner. Zusammen mit dem Mediendienstleister Scharf und der Uni Klagenfurt wurde das Projekt in mehrjähriger Arbeit verwirklicht. Es stellt weltweit ein Unikat dar – noch gibt es kein anderes Beispiel dafür, eine Zeitung am Bildschirm über Jahrzehnte durchblättern zu können. ■



Auf Privatinitiative von Ernst Jaritz, Deutsch-Wagram, ist eine Ausstellung zustande gekommen, die dem Thema 12. Februar 1934 gewidmet ist. „In Gedenken an die neun im Auftrag der Dollfuß-Regierung Hingerichteten erschien mir das eine Verpflichtung, habe ich doch auf der Sozialakademie bei Dr. Erwin Weissel studiert“, schrieb Jaritz (im Bild links mit Labg. Mag. Karin Renner).



Zwei „Wehrunwürdige“ der Hitlerzeit: Alfred Ströer ehrt Ludwig Kolin gemeinsam mit Wr. Vors. Ernst Nedwed

Ehrung für Ludwig Kolin

Ludwig Kolin, der vor kurzem seinen 80. Geburtstag feierte, erhielt bei einer Sitzung des Wiener Vorstandes vom Bundesvorsitzenden Alfred Ströer die Otto-Bauer-Plakette überreicht.

Landesvorsitzender Ernst Nedwed hob in seiner Laudatio hervor, dass sich Kolin seit seiner frühesten Jugend aktiv in der Sozialdemokratie engagiert hat. Er erlebte das Ende der Demokratie 1934, den Austrofaschismus und schließlich den Terror des NS-Regimes. Als bekennendes Mitglied der tschechischen Minderheit in Wien wurde er nicht zur deutschen Wehrmacht eingezogen, musste aber wie viele andere „Wehrunwürdige“ im so genannten technischen Notdienst gefährliche Zwangsarbeit leisten. Nach dem Ende des Nazifaschismus arbeitete Kolin aktiv in der SPÖ Ottakring als Bezirksrat und bei den Freiheitskämpfern mit. Bald musste er auch mit der dunklen Seite einer anderen Diktatur Bekanntschaft machen. In den sechziger Jahren wurde er in der kommunistischen Tschechoslowakei verhaftet und in ein Gefängnis bei Brünn eingeliefert. Erst die

Proteste aus Österreich gegen die Verhaftung eines politischen Mandatars verhalfen ihm in die Freiheit. Seine Lebensgeschichte ist in dem neu erschienenen Buch des Klubs der Tschechen und Slowaken in Österreich über prominente Persönlichkeiten mit tschechischer Herkunft dokumentiert. Darin sind auch Interviews mit Antonia Bruha und Milo Beran enthalten. ■

Leo Mistingering wäre 100



Leo Mistingering hätte am 16. März d. J. seinen hundertsten Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlass legte eine Delegation der Soz. Dem. Freiheitskämpfer, gemeinsam mit seiner Familie (Maria und Rudi Zoufal) einen Kranz nieder. Der Vorsitzende des Wiener Landesverbandes, Ernst Nedwed, erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Widerstandstätigkeit Leo Mistingering gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Im Mai 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet, acht Monate verhört und gefoltert und schließlich in das KZ Flossenbürg deportiert.

Im Juni 1945 kehrte er, nach der Befreiung aus dem KZ Flossenbürg, nach Wien zurück. Noch in diesem Jahr wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt. Er wurde auch Bezirksvorsitzender der SPÖ-Fünfhaus. 1963 wurde Leo Mistingering Bezirksvorsteher in Rudolfsheim-Fünfhaus und wechselte 1968 in den Nationalrat.

In der Zeit von 1990 bis 1992 war Leo Mistingering Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer. 1996 wurde er zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Am 3. April 2001 verstarb Leo Mistingering knapp nach seinem 97. Geburtstag. ■

Wir gratulieren

Zum 102. Geburtstag: Josef Kleinschuster, Kapfenberg. **99. Geburtstag:** Johann Ponath, Mannersdorf. **98. Geburtstag:** Franz Reitlinger, Wien. **97. Geburtstag:** Fritz Mayer, Klagenfurt. **96. Geburtstag:** Hilde Borik, Wien. **94. Geburtstag:** Maria Koch, Franziska Planer, Salzburg; Otto Binder, Paula Böhm, Paula Ihm, Johanna Koblizka, Robert Rödl, Wien. **93. Geburtstag:** Marie Gruber, Robert Schafranek, Wien. **92. Geburtstag:** Fini Beywinkler, Guntramsdorf; Hella Hanzlik, Fritz Wendler, Wien. **91. Geburtstag:** Georg Leitgeb, Baden; Franziska Seibert, Linz; Franz Holubicka, Salzburg; Leopold Baloun, Johann Dusl, Josefine Stein, Jenny Strasser, Wien. **90. Geburtstag:** Johanna Seidenberger, Salzburg; Viktor Wuganigg, Weiz; Irma Ballek, Hedy Immervoll, Walter Rotpart, Regina Stadler, Christa Wagenhofer, Gertrude Weiss, Josef Zalda, Wien. **85. Geburtstag:** Dr. Rosi Hirschegger, Innsbruck; Lona Murowatz, Wiener Neustadt; Eleonore Gartenberg, Gerta Laurer, Fritzi Probst, Maria Ristic, Adalbert Stromayer, Wien. **80. Geburtstag:** Hans Wallisch, Braunau/Inn; Lia Wutke, Eichgraben; Egidius Sabotnig, Keutschach; Maria Proschko, Linz; Elisabeth Marchfeld, Salzburg; Maria Fruk, Bruno Hadwig, Ludwig Kolin, Dr. Fritz Koppe, Johann Leinfest, Albert Pachler, Ernst Zivny, Wien. **75. Geburtstag:** Karl Zib, Enzersdorf/Fischa; Reinhard Beichtbuchner, Leoben; Dipl.-Ing. Ludwig Csepai, Mödling; Emma Jerusalem, St. Margarethen; Elfriede Haselmaier, St. Pölten; Karl Dudek, Schrems; Johann Maketsgruber, Steyr; Friedrich Jitovetz, Traiskirchen; Viktor Jusek, Wiener Neustadt; Wilhelm Putschedl, Edith Rath-Rauch, Heinrich Sauer, Gertrude Seethaler, Wien.

Rosa Jochmann – unvergessen

Zum 10. Todestag von Rosa Jochmann veranstaltete der Landesverband Wien ein Gedenken im Sitzungssaal Löwelstraße, bei der Herbert Exenberger über das Leben und den Kampf Rosa Jochmanns referierte (Bild unten). Am Grab Rosa Jochmanns legte eine Delegation der Wiener Freiheitskämpfer

einen Kranz nieder. Die Simmeringer Bezirksorganisation veranstaltete aus diesem Anlass ein Symposium, bei dem u. a. Nationalratspräsident Heinz Fischer, NR Christine Lapp, Ldtg.-Präs. Johann Hatzl, Bundesfrauenvorsitzende Barbara Prammer und Bundesvorsitzender Alfred Ströer teilnahmen (Bild ganz unten).



Foto: SPÖ Simmering, Freiheitskämpfer



Abschied von Gregor Dolleisch

Gregor Dolleisch ist am 14. Jänner 2004 viel zu früh und vollkommen unerwartet im 23. Lebensjahr verstorben. Er wird allen, die ihn als Bezirks- und stellvertretenden Landesvorsitzenden der SJ Wien, als aktiven Antifaschisten, als Mitarbeiter des Aktionsbüros und Mitstreiter in der SPÖ kennen lernten, als ein Mensch in Erinnerung

bleiben, der seine politische Überzeugung gelebt hat. Er bekannte sich stets zu seinen sozialistischen Grundwerten – auch wenn das anstrengende politische Kleinarbeit oder unbequemes Auftreten in den eigenen Reihen bedeutet.

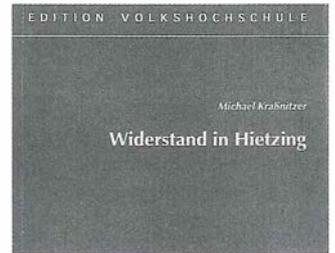
Mit dem Wissen um die Geschichte ist er unermüdlich gegen rechts aufgetreten.

Widerstand in Hietzing

Mit dem Buch „Widerstand in Hietzing“ von Michael Kraßnitzer legt die „Edition Volkshochschule“ ein Werk vor, das die gesamte Palette des Widerstandes exemplarisch an einem Wiener Bezirk zeigt. Und zwar des gesamten Widerstandes gegen den Faschismus: Sowohl die Kämpfer gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime als auch die gegen die Hitlerdiktatur werden in ihren Lebensläufen und ihren politischen Zielsetzungen dargestellt. Dem Autor ging es darum zu zeigen, dass Menschen aus allen politischen Lagern sich gegen Unfreiheit und Diktatur auflehnten.

Unter den Sozialdemokraten steht Karl Münichreiter, den die Dollfuß-Schergen 1934 auf der Bahre zum Galgen schleppten, an der Spitze. Für die Opfer der stalinistischen Säuberungen steht der Name des Schutzbündlers Franz Kasteiner, der das Glück hatte, in einem Sowjetlager zu überleben. Der Spanienkämpfer Wolfgang Hoffmann starb im KZ Groß-Rosen. Die Leidenswege von Käthe Leichter und Heinrich Steinitz waren, ganz unabhängig von ihrer aufrechten politischen Haltung, wegen ihrer jüdischen Herkunft vorgezeichnet. Steffi und Hans Kunke, zuerst in den Gefängnissen des Austrofaschismus, wurden als Revolutionäre Sozialisten in Nazi-Konzentrationslagern ermordet. Otto Leichter und Rudolf Holowaty konnten sich in der Emigration für das Wiedererstehen Österreichs einsetzen.

Als wichtigste Vertreterin des kommunistischen Widerstandes in Hietzing wird Hedy Urach genannt, Mitglied des bereits dritten Untergrund-Zentralkomitees, das insgesamt der Nazi-Blutjustiz zum Opfer fiel. Nach ihr ist eine Gasse benannt. Zu den Kommunisten zählt der Autor auch Christian Broda. Als „Trotz-



kist“ zeitweise aus der KPÖ ausgeschlossen, war er in der Wehrmacht wieder in einer kommunistischen Zelle aktiv, wandte sich aber nach 1945 der SPÖ zu.

Während bei der Linken der Widerstand fließend vom Austrofaschismus zum Nationalsozialismus überging, war dies bei den konservativen Widerständlern anders.

Der Christlichsoziale Jakob Kastelic war Mitbegründer der paramilitärischen Frontkämpfervereinigung und dann Wiener Führer von Schuschniggs Ostmärkischen Sturmsharen. Sein politisches Ziel war ein „Großösterreich“ unter Habsburg. Er wurde 1940 verhaftet, jahrelang durch Gefängnisse und Konzentrationslager geschleppt und 1944 zum Tod verurteilt und hingerichtet.

Der 1945 von der SS am Floridsdorfer Spitz gehenkte Karl Biedermann kämpfte 1934 an der Spitze einer Heimatschutzeinheit gegen die Schutzbündler im Karl-Marx-Hof. Sein „Verbrechen“ bei Kriegsende war, dass er Wien vor der Zerstörung retten wollte. Sein Grab befindet sich mit dem seiner Leidensgenossen Huth und Raschke auf dem Hietzinger Friedhof. Was immer vorher war – sie gaben ihr Leben für die Befreiung Österreichs. ■

Der Briefwechsel Dollfuß-Mussolini

Warum hat sich Dollfuß an Mussolini um Hilfe gewendet? Was war das Hauptmotiv? Wenn es ihm ausschließlich um das Wohl und die Unabhängigkeit Österreichs gegen den Nationalsozialismus zu tun war, hätte er sich mit den erbittertesten Feinden des Nationalsozialismus, den Sozialdemokraten, verbünden müssen; das lehnte Dollfuß ab. Warum?“

Diese Worte schrieb Adolf Schärf, als 1949 eine von einem Engländer verfasste Broschüre über den im Staatsarchiv gefundenen geheimen Briefwechsel Dollfuß-Mussolini erschienen war. Diese Dokumente geben Auskunft, dass es dem Führer der Christlichsozialen Partei in Wahrheit vor allem um deren Machterhalt ging. Nach den Re-



Dollfuß, Ungarns Ministerpräsident Gömbös und Mussolini bei italienischen Manövern (1934)

geln der Demokratie wäre es anfangs der 1930er Jahre damit zu Ende gewesen. Die SP, ohnedies schon stärkste Partei, wäre aus

Neuwahlen als Sieger hervorgegangen. Da gab man lieber die Demokratie auf, wofür Dollfuß in Italiens Diktator Mussolini, der

ohnedies schon die faschistische Heimwehr protegierte, einen Schutzherrn fand, der dies als Preis für seine Hilfe verlangte.

Aus dem nun neu veröffentlichten und um Beiträge von Wolfgang Maderthaler und Michaela Maier bereicherten Band „Der Führer bin ich selbst“ – Engelbert Dollfuß, Benito Mussolini, Briefwechsel (Löcker Verlag) geht hervor, dass Mussolini vorrangig auf die Zerschlagung der „Marxisten“ drängte, wobei er freilich bei Dollfuß ohnedies ein offenes Ohr fand.

In einem im Anhang veröffentlichten Bericht Schuschniggs an den Vatikan wird versucht, die Politik von Mord, Raub und Eidbruch der „christlichen“ Regierung jesuitisch zu rechtfertigen. ■

Märtyrer Dollfuß?

In einer Diskussion über den Februar 1934 im voll besetzten großen Saal der Volkshochschule Hietzing musste sich Professor Karl-Gottfried Kindermann, der nach wie vor Dollfuß als ersten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und als dessen erstes prominentes Opfer darstellt, vor seinem Historikerkollegen Gerhard Jagschitz sagen lassen, dass Thesen wie die von der „Selbstausschaltung“ des Nationalrats nicht

haltbar sind, sondern Dollfuß, von Mussolini und der Heimwehr gestützt, auf die Beseitigung des Parlaments hinarbeitete. Die Legende von der „geteilten Schuld“ wurde von Manfred Scheuch anhand der historischen Fakten eindeutig widerlegt. ÖVP-Abgeordneter Tancsits stieß auf das Unverständnis des Auditoriums dafür, dass das Bild des Demokratiezerstörers Dollfuß noch immer den ÖVP-Parlamentsklub zielt. ■



Kindermann, Tancsits, Scharsach, Scheuch, Jagschitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. März 2004. Nächstes Heft: Mai/Juni 2004.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0

Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.